



Morgen-Ausgabe  
Mittwoch, 1. Dezember.

Abend-Ausgabe  
Mittwoch, 1. Dezember.

## Die preussische Verfassung

### Die Verfassung gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Unabhängigen angenommen — Würdelose Szenen der Linken bei der Ablehnung des sozialistischen Antrages auf Enteignung der Hohenzollern

In der gestrigen Sitzung der preussischen Landesversammlung wurde in der nämlichen Schlussabstimmung die preussische Verfassung mit 290 gegen 60 Stimmen bei 7 Stimmenthalten angenommen. Gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Unabhängigen. Das Ergebnis wurde von der Mehrheit mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Präsident Reuter führte aus, daß mit diesem Beschluß die preussische Landesversammlung das am 20. Januar 1919 übertragene Mandat erfüllt habe. Er sprach sich für die heutige Verfassung, die dem preussischen Volk zum Segen gereichen werde.

Abg. Wildermann (Str.) spricht für den zweiten Zusatzantrag des Centrums, der inessen abgelehnt wird. Der erste Zusatzantrag mit dem § 63a, die übrigen Zusatz- und Abänderungsanträge werden ohne jegliche Veränderung ebenfalls angenommen.

Das Satz beschäftigt jedoch den einigsten der Sitzung vom Abg. Heilmann begründeten Antrag betreffend das Hohenzollernvermögen.

Abg. Dr. Kaufmann (Deutschn.): Es ist gegen unsere Würde, auf die uns angehen, die sozialen Verhältnisse im Reich zu ändern. Wir lehnen den Antrag ab, weil er radikal vorgehen zu müssen. Es war ein trauriges Bild, wie der Minister mit seinen Jüngern (die folgenden Worte gehen in dem entscheidenden ungelächerten Lachen der Linken verloren).

Staatspräsident Dr. Frenzel vertritt abgelehnt, dem Redner Ruhe zu verschaffen. Als dem Redner aus den Reihen der äußersten Linken eine Papierkugel an den Kopf fliegt, verläßt er die Tribüne und Dr. Frenzel den Präsidentenstuhl. Nach kurzer Zeit übernimmt Dr. Frenzel wieder die Leitung und fragt den Abg. Heilmann, ob er den Papierballen geneigt habe, nicht weiter vorzugehen.

Hierauf spricht Abg. Dammittsch (Dem.): Wir lehnen den Antrag ab, ohne dadurch unsere Stellungnahme zu der Vermögensauseinandersetzung mit der Krone vorzugreifen.

Abg. Dammittsch (Str.): Wir lehnen den Antrag ebenfalls ab und danken der Auseinandersetzungskommission und dem Reichspräsidenten für die geleistete umfängliche Arbeit.

Abg. Dr. von Richter (D. V.): Wir lehnen selbstverständlich den Antrag Heilmann ab. Der Antrag steht auch im Widerspruch zur Reichsverfassung.

In der nämlichen Schlussabstimmung wurde die preussische Verfassung mit 290 gegen 60 Stimmen bei 7 Stimmenthalten angenommen. Dagegen stimmten die Deutschnationalen und Unabhängigen. Das Ergebnis wurde von der Mehrheit mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Präsident Reuter führte aus, daß mit diesem Beschluß die preussische Landesversammlung das am 20. Januar 1919 übertragene Mandat erfüllt habe. Er sprach sich für die heutige Verfassung, die dem preussischen Volk zum Segen gereichen werde.

Das Gesetz über den Austritt aus der Kirche wurde in der nämlichen Sitzung mit 196 gegen 187 Stimmen bei einer Stimmenthaltung endgültig angenommen.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr: Haushaltsberatung, Wahlenberatung und Annexes.

Schluß 5 1/2 Uhr.

### Ein neuer Bolschewistenkrieg im Orient

Die Sowjet-Regierung hat auffallender Weise neuerdings Maßnahmen vorbereitet, um vom Kaukasus her und in Kleinasien einen Vorstoß gegen die britische Orientheerrschaft zu unternehmen. Mit großer Ueberraschung trafen jetzt Meldungen ein von einer gregangenen Offensive der roten Truppen, die mit Hilfe der in der Türkei gemachten Eroberungen eine direkte Verbindung mit dem türkischen Nationalheer: Mustafa Kemal herzustellen, nach dem Kaukasus vorzudringen, von dort aus den Vormarsch in Kleinasien zu beschleunigen und womöglich noch ihre gesamten Truppenmacht auf Indien zu konzentrieren. Die russischen Operationen zerfallen dabei in drei Teile. Das Schwergewicht ruht auf einer großen Offensive, die nach Persien vorzudringen, mit Hilfe der roten Schwarzmeer-Flotte und der der Armee Wrangel fortgenommenen Schiffe in Kleinasien zu landen und dort die türkischen Nationalisten zu unterstützen. Für zweiter Weg führt durch den Kaukasus, von wo aus sie sich in Persien festsetzen können. Die dritte Frontlinie dürfte über Turkestan gehen, wo sie sich ebenfalls bereits starke Stützpunkte geschaffen haben. Hauptächlich nach Indien vorzudringen.

An der Turkestan-Front beginnt bereits jetzt schon eine starke Konzentration der Sowjet-Armee. Sowkolnow, der Führer der roten Armee in Turkestan, hat einen Kommando befehl erhalten, der den roten Truppen aufzählt, die feindlichen Stellungen der afghanischen und indischen Grenze zu erobern. Er wendet sich dabei an die indischen Völker und ruft ihnen zu, daß die Hilfe ihrer Freunde nahe sei. Eine weitere Meldung besagt, daß Tschitscherin an Georgien eine Note gerichtet hat, in der er es von einem bevorstehenden Einfall der Sowjettruppen in Kaukasien unterrichtet. Der Grund zu dieser Bewegung ist die Bekämpfung Bahams durch die Engländer, und da Baham ein wichtiger Stützpunkt der Sowjetregierung ist, kann man begreifen, daß die Bolschewisten diese Stadt wieder in ihre Hand bekommen wollen, umol sie von dort aus die nächste Verbindung zu dem ihnen verbündeten Persien befestigen. Es steht außer Zweifel, daß die Bolschewisten in verhältnismäßig kurzer Zeit auf größere Erfolge rechnen werden, weil die englischen Streitkräfte den starken bolschewistischen Truppen nicht gewachsen sind. Die Sowjetrepublik Persien, deren Hauptstift Baku Ausland mit sehr wichtigen Stützpunkten versehen hat, bisher den Bolschewisten vortreffliche Dienste geleistet.

Kommunale befristet die Sowjetregierung, daß die Alliierten einmüßig gegen Baku planen. Es kann daher einmüßig festgestellt werden, wenn die Bolschewisten ihre gesamten Kräfte konzentrieren, um gegen einen englischen Angriff gerüstet zu sein.

Es würde zu einer irigen Beurteilung der Lage führen, wollte man glauben, daß die Bolschewisten es mit der Einleitung ihres Angriffskrieges im Orient sehr eilig haben. Die Sowjetregierung, die gegenwärtig noch mit England über das Wirtschaftsabkommen verhandelt, wird sich schwer hüten, die Heindstöße gegen England leicht etwa auf die Spitze zu treiben. Sie wird sich zunächst darauf beschränken, im Kaukasus, in Kleinasien und in Turkestan ihre Kräfte zu konzentrieren. Es darf aber nicht verkannt werden, daß die Bolschewisten tatsächlich seinen Anstoß daran nehmen, ihre Pläne im Orient offen zu äußern und auszuführen, daß sie nicht gewillt sind, sich vor dem englischen Imperialismus zurückziehen. Sie erklären, daß die freizeitsbestrebungen der Orientvölker für die Entwicklung der Kultur von größter Wichtigkeit sei, und daß die Interessen der um ihre Freiheit kämpfenden Araber und Ägypter mit den Interessen der Sowjetrepublik parallel liegen. In Wirklichkeit haben sie sich damit eine sehr günstige Stellung gegenüber England geschaffen, welches mit großer Vergnügen das Anwandern der bolschewistisch-fremden Bewegungen in Asien beobachtet. Was nun die Forderung des bolschewistischen Einflusses in Persien betrifft, so ist unübersehbar, daß Persien an dem Bündnis mit den Bolschewisten festhält. Die gegenwärtige persische Regierung, die rein äußerlich die Beziehungen zu England freundschaftlich aufrechterhält, ist weder gewillt noch imstande, die vorherrschende bolschewistische Strömung in Persien zu bekämpfen. In Persien weiß man nämlich ganz genau, daß die Bolschewisten die wirtschaftlichen Unabhängigkeit Persiens sind und daß sie in dem Augenblick rettungslos der englischen Herrschaft verfallen sind, wo die Bolschewisten politisch und militärisch antwortungsbereit, darum hat Persien auch bolschewistische Militärbeschlüsse empfangen und gestattet aus offen, daß von ihnen eine persische Note Krone organisiert wird.

In Kleinasien hat die Boltschee die türkischen Truppen immer mehr unter der Kontrolle der bolschewistischen Armee unter dem Kommando von Mustafa Kemal unterworfen. In Anbetracht der Lage der Bolschewisten, die sich vollständig in den Händen der Bolschewisten, die

### Über die Polen für einen neuen Polenputz?

\* Katowitz, 30. November.

Über die Polen für den Versuch eines neuen Generalstreiks in der Stadt bei Einverständnis mit einbezogen werden sollen. Die Gewerkschaften haben die letzte polnische Forderung der Wirtschaftsbetriebe von 1000 Mark für jeden einzelnen Arbeiter wieder aufgenommen. Die Gewerkschaftsführer mühten sich um die Forderung, daß eine derartige Forderung über die Grenze der Leistungsfähigkeit der Industrie hinausgeht, die Wahrung dieser Forderung ablehnen. Es ist jedoch zu befürchten, daß die Streiklagen durch Terror, ähnlich wie vor einigen Tagen in Katowitz, die Entschadung des Generalstreiks zu erzwingen versuchen werden. Unter dieser Bewegung jenseits der Grenze, die durch eine völlige Lahmlegung der ober-schlesischen Industrie das erreichen wollen, was ihnen in dem letzten Augustaufstand nicht gelungen ist. Während ich, daß die polnische Presse bereits vor einigen Tagen die Möglichkeit eines nahe bevorstehenden Generalstreiks hinweisen mußte, wobei sie natürlich, wie stets, wenn sie einen solchen Streik vorhersagt, von einer völligen Wache sprach, so hat die polnische Presse „Gazeta den Dieb“ hat sich so und sich wieder einmal verhalten.

Was das Gebäude des „Kunstmuseum“ wurde getrieben und ein Bombenanschlag verübt. Es wurde größerer Schaden angerichtet. Offenbar handelt es sich um einen Bombenanschlag.

Verbreiten ohne Erklärung in dem Zusammenhang, daß in Oberjahrzahl eine Bombe, die erheblichen Schaden anrichtete. Man nimmt einen Mordanschlag gegen den Polizeipräsidenten an.

### Schwierige Verhandlungen in Riga

\* London, 30. November.

Die letzten Telegramme aus Riga betrafen, daß die Verhandlungen zwischen Polen und den russischen Interregierungen keineswegs einen guten Fortgang nehmen. Die Sowjetregierung hat eine neue Note an die polnische Regierung gerichtet, in der sie Polen den Bruch des Waffenstillstandes vorwirft.

### Die Besatzungsdauer des Rheinlandes

\* Ein übersehener Dokument, 30. November.

In einem Brief über die Kosten der Besatzungsarmee schreibt die Frankfurter Zeitung: In der Zeit des von allen Seiten hereinströmenden Materials ist ein wichtiges Dokument mit unwiderlegbar bisher übersehen worden. Danach ist zwischen der Regierung der Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich hinsichtlich der Besetzung des Rheinprovinz ein Abkommen geschlossen worden, nach dem die alliierten Regierungen nicht darauf bestehen, daß die Zeit der Besetzung bis zur völligen Erfüllung der Entschädigungsklausel dauern solle und sich bereit erklären, wenn Deutschland zu einem früheren Zeitpunkt Beweise von seinem guten Willen und befristende Verpflichtungen für die Erfüllung seiner Verpflichtungen gäbe, die Rheinprovinz schon vor 15 Jahren zu räumen. Ferner kommen die Alliierten in dem Abkommen überein, daß der jährliche Betrag der von Deutschland zur Deckung der Besatzungsstellen zu entrichtenden Summe 240 Millionen Mark betragen soll. Das Wort „soll“ ist in dem Abkommen nicht mit „sollen“ zu verstehen, sondern es kann von unserer Seite immer wieder darauf verwiesen werden, daß zur Zeit des Friedensschlusses die Grenzen sich dementsprechend veränderten, wie gewöhnlich bei Friedensverträgen der Fall ist, und daß die Besatzungsdauer mit der veränderten Besatzungsdauer in Verbindung steht.







